

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 3 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abzug 10% für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf., 10 Nummern zu jeder Zeit bezogen zu 1 RM. 20 Pf. Fernsprecher: Am Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Nachrichten wird durch die Besondere Übermittlung der Nachrichten durch die Fernsprecher mit keinem Gesandten. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Bezug durch die Fernsprecher eingestellt werden muß, oder der Ruftraggeber in Konkurs gerät, anzugeben, woher alle Verhältnisse zu entnehmen sind.



Verlagspreis: Die 4-spaltige Hauptzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 4-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 Reichspfennig. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennig. Versende mit Postanweisung. Die Wichtigkeit der Nachrichten wird durch die Besondere Übermittlung der Nachrichten durch die Fernsprecher mit keinem Gesandten. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Bezug durch die Fernsprecher eingestellt werden muß, oder der Ruftraggeber in Konkurs gerät, anzugeben, woher alle Verhältnisse zu entnehmen sind.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 229 — 88. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Dienstag, den 1. Oktober 1929

## Reichsfinanzen und Monopole

In der Hauptsache ist der Reichstag zu einer Herbsttagung bestrebt zusammenzutreten, weil er in der Arbeitslosenversicherung endlich das finanzielle Gleichgewicht herstellen soll; es bedeutete daher für ihn eine Überraschung, daß plötzlich auch die Frage einer Reichsanleihe aus den Händen des schwedischen Bändholztrustes in die Debatte geworfen wird. Man weiß ja, daß im Haushalt des Reiches die etwa 800 Millionen Defizit eine außerordentlich schwere Belastung bedeuten und daß der Reichsfinanzminister alles daransetzt, diese Summe in die Form einer langfristigen Anleihe umzuwandeln. Der Versuch, auf dem gewöhnlichen Anleihewege eine Erleichterung herbeizuführen, ist ja mißglückt, weil das Reich nur die Hälfte der Summe auf dem Wege der Zeichnung erhielt, als es nötig hatte. Man hat dann im Auslande einen Kredit von 200 Millionen Mark aufgenommen, hat Anleihen bei der Reichspost, den Sozialversicherungen, schließlich bei den Banken gemacht, aber doch zu sehr schweren Bedingungen. Die Unterhandlungen mit **Barrenge** suchten einen Weg, aus diesen Schwierigkeiten herauszufinden. Im Reichstag selbst aber sind die finanziellen Nöte, die sich um die Arbeitslosenversicherung ranken, vorläufig noch längst nicht überwunden, hat man das Defizit, das auf Grund der letzten Reichsliste über die Reform entstanden ist, auch noch nicht beseitigen können. Gerade aber **Dr. Hülferding** hat in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit es für besonders notwendig erklärt, daß der außerordentliche Etat endlich in Ordnung gebracht, daß die schwebende 800-Millionen-Anleihe endlich in eine langfristige Schuld umgewandelt wird.

An und für sich wäre eine Anleihe aus ausländischer Hand für Deutschland insofern nichts Neues, als bekanntlich 1924 mit der Dawes-Anleihe 200 Millionen Dollar im Auslande aufgenommen wurden. Als Gegengabe für eine neue Auslandsanleihe nun ein Bändholzmonopol zu gewähren, findet eine Parallele in den bisherigen „verpfändeten Steuern und Zöllen“, die der Dawes-Plan einem besonderen Reparationsagenten überantwortet hatte. Als vor einigen Jahren der Reichstag durch ein besonderes Gesetz die Verhältnisse in der deutschen Bändwarenindustrie neu regelte, mit dem Bändholzfondit wenigstens für die deutschen Erzeugnisse ein Monopol schuf, hat er dafür gesorgt, daß die Konsumenteninteressen nicht bedingungslos dem Syndikat ausgeliefert wurden. Bei der Preisgestaltung hat die Regierung das Recht, mitzusprechen, ebenso wie dies z. B. auch bei der Festsetzung der Kohlenpreise durch den Reichsrohstoffrat geschieht. Der schwedische Bändholztrust hatte es verstanden, sich in den Besitz der Aktienmehrheit von etwa 70 Prozent der in Frage kommenden deutschen Betriebe zu setzen, und es bestand die Gefahr, daß auch der Rest der deutschen Bändholzindustrie dem Ansturm der Schweden erliegen würde. Das ist durch das gesetzliche Eingreifen verhindert worden und erfreulicherweise ist aus dieser Syndizierung eine Mehrbelastung des Konsumenten nicht erwachsen. Hinzu kam, daß **Sowjetrussland** dem Syndikat eine überaus scharfe Konkurrenz zu bereiten anfing und hierbei die Unterstützung der deutschen Kleinhandelsverbände gefunden hat. Die russischen Bändholzer wurden dem Auslande zu einem Preise zur Verfügung gestellt, der die Erzeugungskosten nicht deckte, nur den Zweck verfolgte, überhaupt ins Geschäft hineinzukommen. Die Abwehrmaßnahmen des deutschen Bändholzsyndikates blieben erfolglos — und nun scheint der Plan des Schwedentrusts dahin zu zielen, durch Schaffung eines Bändholzmonopols jene russische Konkurrenz auszuscheiden.

Natürlich wird man im Reichstag darauf verweisen, daß die Gewährung eines solchen Monopols als Gegengabe gegen die von dem Schwedentrust angebotene Anleihe an die Gefährdung mancher finanziell besonders schwacher Staaten, wie der Türkei, Chinas usw. erinnere, weil außerdem die Frage stellt, wo denn die Lasten der Erleichterung bleiben, die man durch die Annahme des Young-Planes herbeiführen wolle. Jedenfalls wird die Verhandlung mit **Barrenge** — gleichgültig, ob sie schon gescheitert ist oder durch die Veröffentlichung nur beeinflusst wird — Veranlassung dazu geben, nun doch sich etwas eingehender mit der Lage der Reichsfinanzen zu befassen. Der preussische Finanzminister hat ja schon von gewissen Plänen gesprochen, die eine überaus einschneidende Reform der gesamten Steuererhebung bedeuten würden, und auf dem Deutschen Städtetag haben seine Ausführungen ein lautes Echo gefunden. Dazu kommt nun noch die Reform der Arbeitslosenversicherung in ihrer finanziellen Tragweite, während auf der anderen Seite leider die Unmöglichkeit besteht, den außerordentlichen Etat auf dem Anleihewege in Ordnung zu bringen. Eine ganze Reihe von Städten haben ja die Erfahrung machen müssen, daß die Inanspruchnahme des Kreditmarktes zu schweren Enttäuschungen führte, dem Reich ist es nicht besser gegangen und würde es in absehbarer Zeit auch nicht besser gehen. Daran wird man im Reichstag denken müssen, wenn eine Aussprache über das jüngste Anleiheprojekt der Reichsregierung, über die Verhandlungen mit dem Schwedentrust, stattfindet.

## Endkampf um die Arbeitslosenreform

### Reichstag und Arbeitslose. Wiederversammlung des Reichsparlamentes.

Berlin, 30. September. Die Besucher der ersten Sitzung des Reichstages nach den Sommerferien, mochten es nun Abgeordnete, Pressevertreter oder Tribünenbesucher sein, wurden auf ernste Dinge vorbereitet. Mehrmals mußte sich jeder einer scharfen Befragung durch **Schupobeamte** unterziehen, falls er an das Reichshaus näher herantwogte. Wie es heißt, war diese Vorsichtsmaßregel getroffen, weil im nahe gelegenen Berliner Lustgarten eine Arbeitslosendemonstration stattfand und man das Näher eines Zuges trotz der abweisenden Bannlinien befürchtete.

Im Hause selbst, wenn man endlich trotz der auch innerhalb der geschlossenen Räume fortgesetzten Kontrolle eingedrungen war, gab es einstweilen keine überwältigenden Ereignisse. Der in Vertretung des erkrankten Präsidenten **Löbe** amtierende Vizepräsident **Effer** gedachte der während der Ferien verstorbenen Abgeordneten. Nach der Vielstundengebung tritt **Abg. Stöcker** (Komm.) die erste Attacke unter heftigen Angriffen gegen die Regierung beantragte er Absehung der Versicherungsreform von der Tagesordnung und brachte allerlei kommunistische Wünsche vor. **Abg. Graf Westarp** (Dn.) kündigte ebenfalls Forderungen seiner Partei nach Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten an.

Reichsarbeitsminister **Wissell** begründete sodann die beiden Regierungsvorlagen der Arbeitslosenversicherung. Das war sicher keine leichte Arbeit, nachdem erst heute im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages die Dinge in seiner Weise geschildert werden konnten. Irgendeine Einigung der Parteien wurde nicht erzielt. So wurden wichtige Kernstücke der Vorlage, wie die verlängerte Wartezeit der Saisonarbeiter und die Beitragserhöhungen, im Ausschuss abgelehnt. Nach dem Reichsarbeitsminister sprachen verschiedene Redner im Auftrage ihrer Parteien.

### Sitzungsbericht.

30. Sitzung. OB. Berlin, 30. September. Vizepräsident **Effer** denkt zu Beginn der Sitzung, während sich die Abgeordneten von den Plänen erheben, der seit der Vertagung des Reichstages verstorbenen Abgeordneten und der früheren Reichstagsabgeordneten **Frau Behm**. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Abg. Stöcker** (Komm.), die Reform der Arbeitslosenversicherung von der Tagesordnung abzusehen, da sie einen neuen Ausbruch gegen die Erwerbslosen einleite. Gleichzeitig protestiert er gegen die Abschließung des Reichstagsgebäudes am heutigen Tage durch mehr als 200 Schupobeamte. Der Redner verlangt an Stelle der Arbeitslosenversicherung die Beratung von Anträgen auf Einführung des Lebensabendtages, von Steuererhebung und auswärtigen Angelegenheiten. **Abg. Graf Westarp** (Dn.) erklärt, seine Freunde beklüßten sich vor, heute noch die Besprechung der Saaner Verhandlungen für Dienstag zu beantragen. Gegen die kommunistischen Anträge wird Widerspruch erhoben, so daß diese Fragen erledigt sind.

### Reichsarbeitsminister Wissell

leitet sodann die allgemeine Aussprache der ersten Lesung der Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung ein. In seiner Rede gibt er zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Vorlagen und auf die im Sommer fortgesetzene Arbeit der Sachverständigen. Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung, fährt der Minister fort, sind zweifellos vorgekommen, aber sie sind nach Meinung des Ministers zu stark aufgebauscht worden. Die Arbeitslosenversicherung habe sich als Ganzes bewährt. Die Verbesserungen des ersten Gesetzeswurdes bringe der eine von den vorliegenden Vorschlägen, über den wohl große Meinungsverschiedenheiten laum bestehen. Die andere befriedigte Vorlage wolle das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ausgleichen. Das solle geschehen durch

eine Kombination von Ersparnissen und Erhöhungen der Einnahmen.

Aber den in der Vorlage vorgeschlagenen Abbau der Leistungen werde die Regierung auf keinen Fall hinausgehen. Jede weitere Kürzung der Unterstützung würde die Kaufkraft der Bevölkerung und damit die Gesamtwirtschaft schädigen. Die Regierung erwarte nicht, daß ihre Entwürfe

rennwieg Verteidigung imachen werden. Sie sehe aber einen gangbaren Weg darin zur Lösung der vorliegenden großen Fragen.

**Abg. Grafmann** (Soz.) weist im Eingang seiner Ausführungen darauf hin, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem notwendigerweise eine große Arbeitslosenzahl mit sich bringe. Das werde sich nach Meinung des Abgeordneten erst ändern unter der von der Sozialdemokratie erstrebten von der Öffentlichkeit kontrollierten Bedarfswirtschaft. **Abg. Grafmann** betont weiter, die Wirtschaft, die eine Reservarmee von Arbeitslosen braucht, müsse auch zur Erhaltung dieser Armee Reservemittel ausbringen. Der Abbau der Sozialpolitik würde zu wirtschaftspolitischen Katastrophen führen. Die Wirtschaft sei sehr wohl in der Lage, eine Beitragserhöhung zu tragen. Der Redner stimmt der Ausschaltung von Mißbräuchen zu, lehnt aber eine Verlängerung der Wartezeit und eine Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter ab.

**Abg. Dr. Mademacher** (Dn.) weist darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit einschließlich der häßlichen Fürtrogegelde im letzten Etatsjahr das deutsche Volk 1650 Millionen Mark gekostet habe. Der Redner nennt die vorliegenden Entwürfe einen Torso, dessen Verwertung man einer geschickten Körperkraft nicht zumuten soll. Er lehnt jede Erhöhung der Beiträge ab. Auch die Landwirtschaft habe schwerste Bedenken gegen die Gesetze. **Dr. Mademacher** gibt der Überzeugung Ausdruck, daß diese Regierungskoalition und dieses System nicht in der Lage seien, eine Gesundung der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen.

**Abg. Dr. Verhulst** (Zr.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der die erste Vorlage, welche die Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung abheben soll, begrüßt wird. Die zweite Vorlage über die befristeten Änderungen entsprechen nicht den Vorschlägen des Zentrums, aber das Zentrum sei bereit, auf dieser Grundlage an der Gesamtlösung mitzuarbeiten.

**Abg. Hädel** (Komm.) wirt dem Arbeitsminister vor, daß er trotz seiner Stellung als Führer der freien Gewerkschaften als Minister das Material für den reaktionären Vorstoß gegen die Arbeitslosen geliefert habe.

**Abg. Dr. Pfeiffer** (D. Sp.) führt aus, für die Deutsche Volkspartei lägen die Hauptwierigkeiten in der falschen sozialpolitischen Regelung des Mißbräuche Gesetzes. Eine Beitragserhöhung komme überhaupt nicht in Frage. Grundsätzliche Forderung der Deutschen Volkspartei sei die Verlängerung der Wartezeit besonders für die Saisonarbeiter. Ein großer Fehler sei die einseitige Berücksichtigung für alle Arbeitnehmer. Die Deutsche Volkspartei beantragt daher eine Sonderversicherung der Angestellten und die Zulassung von Erbsparnissen.

**Abg. Freibel** (Wirtschaftspartei) ist der Meinung, die Reichsanleihe müsse sich selbst erhalten. Er lehnt eine Beitragserhöhung ab. Hebe man die Vantäuglichkeit und die Arbeit der Haus- und Grundbesitzer durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, so würde sich die Arbeitslosenfrage bedeutend bessern. Weiter sprach der Redner über die nach seiner Meinung vernachlässigten Interessen der Haus- und Grundbesitzer.

**Abg. Dr. Haas** (Dn.) bezeichnet die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung als selbstverständlich. Die Vesteilung offenkundiger Mißbräuche sei notwendig. Der große Gedanke der Arbeitslosenversicherung sei aber nur dann verwirklicht, wenn die Versicherung sich selbst trage. Innerhalb findet er die Erklärung, daß bis jetzt für die Reform eine einheitliche Stellungnahme der Regierungsparteien nicht vorhanden sei.

**Abg. Schwarzer** (Bauv. Vv.) erklärt sich mit der Auffassung des Reichsarbeitsministers einverstanden, daß die Mängel der Arbeitslosenversicherung stark übertrieben worden seien. Nach einer Erklärung des **Abg. Henke** (Christl.-Nat. Bauernpartei), wonach seine Fraktion beide Gesetzesentwürfe ablehnt, schließt die Aussprache.

Vizepräsident **Effer** schlägt vor, die nächste Sitzung Dienstag um 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung, zweite Lesung der Vorlage über die Arbeitslosenversicherung.

**Abg. Stöcker** (Komm.) fordert erneut die Absehung der Arbeitslosenversicherung.

**Abg. Graf Westarp** (Dn.) beantragt gleichfalls die Arbeitslosenversicherung zurückzustellen, da sich die Regierungsparteien noch nicht einig seien. Der Redner fordert statt dessen die Beratung der deutschnationalen Anträge zum Young-Plan.

**Abg. Dr. Fried** (Nat.-Soz.) unterstützt die Anregung des Grafen Westarp. Sämtliche Anträge zur Tagesordnung werden abgelehnt, ebenfalls ein deutschnationaler Antrag, den Finanzminister aufzufordern, bei Dienstagsverhandlungen beizumischen. Es bleibt bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten, daß die zweite Lesung Dienstag um 12 Uhr beginnt. Dann verläßt sich das Haus.

## Keine Auslieferung an den Schwedentrust

Aber Neuordnung der Bändholzwirtschaft. Zu der Frage der Bändholzwirtschaft wird von den zuständigen Ressorts mitgeteilt, daß eine Auslieferung der Bändholzindustrie an den Schwedentrust nicht in Betracht kommt. Verhandlungen darüber auch niemals geführt worden sind. Es handelt sich vielmehr um folgenden: Die unhaltbare Lage aller in Deutschland produzierenden Bändholzfabriken und die damit verbundenen Gefahren der Stilllegung und weiteren Übersiedlung machen eine Neuordnung der Bändholzwirtschaft unvermeidbar. In diesem Zusammenhang ist die Frage einer Gegenleistung des Schwedentrusts für

die Verbesserung der Lage des Bändholzsyndikats und damit auch der von den Schweden in Deutschland betriebenen Fabriken in Form einer Anleihe Gegenhand von Erörterungen gewesen. Die Neuordnung der Bändholzwirtschaft kann im übrigen nur durch Gesetz erfolgen.

## Das Volksbegehren gegen den Young-Plan

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat Reichsminister **Dr. Stresemann** in einer Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei Bericht über die politische Lage erstattet. Der Reichsausschuss